

Protokoll des AK Politik-Treffens am 19. März 2026

Online: Marianne Arndt (Mosaik Köln Mülheim e.V.), Henrike Baldus (EAK Rodenkirchen, Diakonie), Katerina Daifoti (EAK Nippes, Alte Feuerwache), Monika Dobbstein (Flüchtlingshilfe St. Severin), Martin Gerner (DLF/ARD-Autor, Entwicklungshelfer, Konfliktforscher), Walter Harings (WikoMo – Willkommen in der Moselstraße), Isabel Heinrichs (ANN – Aktion Neue Nachbarn), Susanne Huttanus (FluMi – Flucht und Migration Vingst), Gabi Klein (KFA – Kölner Freiwilligen Agentur, Forum für Willkommenskultur), Gert Meyer-Jüres (WILLI – Willkommensinitiative Köln-West Junkersdorf); Kurt Luckhardt, Pascale Rudolph und Ute Röhrig (NIL e.V. – Netzwerk Integration Lindenthal e.V.); Lucas (Kölner Spendenkonvoi), Martina Sabra (AWO Mittelrhein), Barbara Skerath (WiRo – Willkommen in Rondorf), Rebecca Wehling, Anja Wirtz, Angelika Wuttke („hallo in süß“ & Protokoll).

Das folgende Protokoll gibt die am 19.3.2026 besprochenen TOPs (→ 1, 2) und die Entwicklungen wieder, die seitdem Thema waren und die in den letzten Wochen per Mail beim AK Politik ankamen.

Überblick

1	Diskussion der neuen AK-Politik-Geschäftsordnung	2
2	Aktuelles aus den Willkommensinitiativen und Organisationen	2
2.1	Arbeitsgruppe zur Situation in städtischen Unterkünften (Leerstand, „Verdichtungen“).....	2
2.2	WILLI: „Bosnische Pflegekraft soll aus Köln abgeschoben werden“ (KStA am 19.3.2026).....	2
2.3	Abschiebungen: Wer will sich dagegen engagieren?	2
2.4	Kölner Spendenkonvoi (KSK)	3
2.5	Webseite der beiden Ehrenamtskoordinationen (EAK) Innenstadt und Nippes.....	3
2.6	NEU: Cafe Konekti an jedem Donnerstag von 16-18 Uhr in der Alten Feuerwache	3
3	Integrationskurse: Zulassungsstopp für Personen nach § 44 Abs. 4 AufenthG	3
3.1	Petition der GEW: „Zulassungsstopp für Integrationskurse zurücknehmen!“	3
3.2	Städtetag NRW: „Integrationskurse sichern – auch in Nordrhein-Westfalen“ (25.3.2026)....	3
3.3	Kommunale Spitzenverbände und DVV fordern Rücknahme des Zulassungsstopps.....	3
3.4	Zuständige Stellen in Köln für Berechtigungen und Verpflichtungen	3
4	(Keine) Abschiebungen von irakischen Jesid:innen.....	4
4.1	NRW-Schutzprogramm für irakische Jesidinnen muss von Dobrindt genehmigt werden	4
4.2	Ablehnung eines Abschiebestopps durch das BMI von Dobrindt (März 2026).....	4
4.3	Was tun? Sicheren AT beantragen, Perspektivberatung.....	4
4.4	Kölner Bleiberechtsprogramm	4
5	Situation der Syrer:innen in Deutschland.....	4
5.1	Keine Sicherheit in Syrien ein Jahr nach Sturz des Assad-Regimes	4
5.2	Kritik am Empfang des syrischen Machthabers al-Scharaa durch die Bundesregierung	5
5.3	Wer hat gesagt, 80 % der Syrer:innen sollen in den nächsten drei Jahren zurückkehren?	5
5.4	Asylverfahren wurden 2025 zu 95 % abgelehnt – was tun bei Ablehnung?	5
5.5	Syrer:innen mit Schutzstatus.....	5
5.6	Hintergrundinformationen: Situation von Syrer:innen in Deutschland	5
6	Einbürgerung (Ablauf und Dauer des Verfahrens in Köln)	5
6.1	Informationen.....	5
6.2	Ablauf.....	6
6.3	Statistik aktuell	6
7	"Bildung statt Abschiebung": Bündnis wie in Hessen auch in NRW?	6
7.1	Gründung des hessischen Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“ Dezember 2025	6
7.2	Resolution des Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“	6
7.3	Fachtagung "Bildung statt Abschiebung" am 4.3.2026: Erklärung, Materialien	6
8	Umbau des Förderprogramm „Demokratie leben!“	7
8.1	Petition „Kein Kahlschlag bei Demokratiewerk! (seit Ende März 2026).....	7
8.2	Offener Brief: „Demokratieförderung bewahren statt "Demokratie leben!" gefährden“	7
8.3	Studien und Handreichungen	7
9	Antirassismus.....	8
9.1	Was kann man bei Erfahrung von Diskriminierung tun?.....	8

9.2	Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa).....	8
9.3	Perspektiven auf antimuslimischen Rassismus: Digitale Ausstellung, Methodenhandbuch ..	8
9.4	Ramadan in der Schule und Pädagogik	8
10	Verschiedenes.....	8
10.1	Finanzielle Gesundheit für Eltern (FGE): Kostenlose Workshops (Caritas Köln)	8
10.2	Sprungbrett Pflege – Ausbildungen für Frauen mit Migrationshintergrund.....	9
11	Termine.....	9
11.1	Zusammenstellungen und Portale.....	9
	Kölner Willkommenskultur: Aktuelle Veranstaltungen.....	9
	Jobcenter und Arbeitsagentur: Veranstaltungen	9
	Gremien der Stadt Köln (Auswahl): Mitglieder 2025-2030 und Termine 2026	9
	Flüchtlingsrat NRW (FR NRW): Online-Veranstaltungen.....	9
	Hessischer Flüchtlingsrat: Online	9
11.2	Einzelne Termine	10
	Mi 22.4.: Perspektiven für Menschen mit unsicherem Aufenthalt, 18-20 Uhr, ICZ Sülz.....	10
	Di 28.4.: Arbeit als Integrationsbasis, ANN Fachnachmittag, 15:30-20 Uhr, VHS-Forum	10
	Di 5.5.: „GEAS & Co. Solidarität in der Stadtgesellschaft?!“, 24. Kölner Fachtagung, VHS-Forum ...	10
	Mi 6.5.: Engagier dich! – Engagementbörse für die Willkommenskultur in Köln, 18-20 Uhr	10
	Sa 9.5.: Wege zur Einbürgerung, 10-12:30 Uhr, Porz.....	10
	Mi 13.5.: Passbeschaffung und Identitätsklärung, 18-20:30 Uhr, FliehKraft Ehrenfeld, 18-20:30 Uhr	10
	Do 11.6.: Ehrenamtsinfo des Jobcenter-Integration Point – Online, 17–19 Uhr (alle 2 Monate).....	10
	Mi 17.6.: Fachtag zu Gewaltschutz & queeren Geflüchteten, 9:30-16:20 Uhr, Alte Feuerwache	10
	Mi 8.7.: GEAS – Was bedeutet das für betroffene Geflüchtete und uns alle? 18-20:30 Uhr.....	10
12	Nächstes AK-Politik-Treffen am Do 16.4.2026 um 19 Uhr in Präsenz.....	10

→ **SAVE THE DATES** der weiteren AK Politik-Treffen am 3. Donnerstag im Monat:

2026: Do 15.1., 19.2., 19.3., 15.4., 21.5., 18.6., 16.7., 20.8.(?), 17.9., 15.10., 19.11., 17.12.2026.

1 Diskussion der neuen AK-Politik-Geschäftsordnung

Über den Entwurf der neuen Geschäftsordnung und die verschiedenen schriftlichen Anmerkungen dazu wurde intensiv und lange (100 Minuten!) diskutiert. Herzlichen Dank an alle Teilnehmende für ihr Engagement und ihre Geduld – und natürlich an auch an alle für ihre vorherigen schriftlichen Anmerkungen! Das war sehr wertvoll und wichtig! Die dabei entstandene Fassung vom 19.3. wurde an alle Beteiligten und den Koordinierungskreis verschickt und wird beim nächsten AK-Politik-Treffen am Do 16.4.2026 verabschiedet.

2 Aktuelles aus den Willkommensinitiativen und Organisationen

2.1 Arbeitsgruppe zur Situation in städtischen Unterkünften (Leerstand, „Verdichtungen“)

Einerseits gibt es Wohnungen, die monate-/jahrelang leer stehen, andererseits soll Wohnraum „verdichtet“ werden. Dazu werden u.a. Briefe an Bewohnende verschickt, sie mögen sich eine eigene Wohnung suchen oder müssten in eine kleinere Unterkunft umziehen. Spontan bildete sich dazu AG. Bei Interesse bitte melden – auch wenn Ihr etwas von Leerstand oder „Verdichtungen“ hört -> ak-politik-koeln@online.de!

2.2 WILLI: „Bosnische Pflegekraft soll aus Köln abgeschoben werden“ (KStA am 19.3.2026)

Gert Meyer-Jüres von der Lindenthaler Willkommensinitiative Willi berichtet von dem Fall „*einer bestens integrierten Pflegefachkraft, die dringend gebraucht wird, die Arbeitserlaubnis zu entziehen, sodass sie dann dem Staat auf der Tasche liegt, ist doch aus Steuerzahlersicht absolut unvernünftig*“. Meyer-Jüres kämpft für Marics Arbeitserlaubnis und Bleiberecht. „*Je nachdem wie das BAMF entscheidet, wende ich mich an die Härtefallkommission*“, sagt er. Denn solche Fälle seien eine nicht hinnehmbare Härte für die Migranten aber auch ihre Arbeitgeber. (KStA am 19.3.2026)

2.3 Abschiebungen: Wer will sich dagegen engagieren?

Nach den Berichten von weiteren Abschiebungen wird überlegt, dazu eine eigene Gruppe zu bilden. Bei Interesse bitte melden bei Marianne Arndt ma.arndt@mailbox.org oder ak-politik-koeln@online.de! Siehe auch → 7. „Bildung statt Abschiebung“



2.4 Kölner Spendenkonvoi (KSK)

Der KSK wurde 2018 gegründet für den Einsatz an den EU-Außengrenzen. Außer den Spendensammlungen für Konvois berichtet er über die „Situation von Flüchtenden in Bulgarien“ ([Report Mai 2025](#)) und macht auch Bildungs- & politische Arbeit, „um strukturell an der Situation einer unmenschlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik etwas zu verändern“. So hat der KSK hingewiesen auf die Missstände in der Notunterkunft Vorbergstraße ([PM am 19.2.2026](#)) und wird auch über die GEAS-Auswirkungen informieren.

2.5 Webseite der beiden Ehrenamtskoordinationen (EAK) Innenstadt und Nippes

Hintergrund: Nach dem Ratsbeschluss am 11.7.2017 zu den „Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung“ ([0544/2017/1](#)) wurden in jedem der 9 Stadtbezirke im Bürgeramt und bei einem Träger je eine halbe EAK-Stelle ([3477/2017](#)) = der heutige AK9plus -> [aktuelle Liste](#) / [Flyer vom Dez. 2025](#) / [Webseite des KI](#).

Die beiden EAK des Trägers „Alten Feuerwache“ sind für die Bezirke Innenstadt und Nippes zuständig. Sie haben ein gemeinsames Büro im Mannschaftshaus (1. Stock) der Alten Feuerwache (Melchiorstr. 3, 50670 Köln), bieten jeden Mittwoch 13-15 Uhr eine Sprechstunde an und haben auch eine informative Webseite mit den Angeboten gemeinsam erstellt: <https://altefeuerwachekoeln.de/ehrenamt-2/>

- **Bezirk 1 - Innenstadt:** Friederike Rassmann, Tel. 0221-97 31 55-23, Mobil 0155.66 32 47 29
friederike.rassmann@altefeuerwachekoeln.de
- **Bezirk 5 - Nippes:** Katerina Daifoti, Tel. 0221-97 31 55-23, Mobil: 0157.56 13 26 71,
katerina.daifoti@altefeuerwachekoeln.de

2.6 NEU: Cafe Konekti an jedem Donnerstag von 16-18 Uhr in der Alten Feuerwache

- Sprach- & SpielCafé am 1. und 3. Donnerstag von der [Willkommensinitiative im Agnesviertel](#): [Flyer](#)
- BeratungsCafé am 2. und 4. Donnerstag von [DAKO e.V.](#): [Flyer](#)

3 Integrationskurse: Zulassungsstopp für Personen nach § 44 Abs. 4 AufenthG

3.1 Petition der GEW: „Zulassungsstopp für Integrationskurse zurücknehmen!“

Die Petition <https://weact.campact.de/petitions/zulassungsstopp-fur-integrationskurse-zurucknehmen>

Direkter Brief an Entscheidungsträger (-> Kontakt der [Bundesregierung](#), des [BMI](#)) mit den Forderungen:

- Den Zulassungsstopp für Integrationskurse unverzüglich zurückzunehmen
- Planungssicherheit für Träger und Lehrkräfte zu gewährleisten
- Lehrkräften die entsprechende Anerkennung für ihre wichtige Arbeit der sozialen Integration von so vielen Menschen zu geben

3.2 Städtetag NRW: „Integrationskurse sichern – auch in Nordrhein-Westfalen“ (25.3.2026)

Auch der Kölner OB Burmeister hat sich persönlich eingesetzt für den folgenden Beschluss des Vorstandes des Städtetages Nordrhein-Westfalen am [25.3.2026](#), der u.a. besagt: Erfolgreiche Integration stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Stabilität der Städte in NRW. Verlässliche Strukturen des Ankommens wie auch der Weiterbildung wären durch die Kürzung der Mittel für Integrationskurse massiv gefährdet. Die Städte in NRW können die drohende Finanzlücke nicht durch eigene Mittel ausgleichen.



3.3 Kommunale Spitzenverbände und DVV fordern Rücknahme des Zulassungsstopps

- Pressemitteilung vom [26.3.2026](#): Forderung an das Bundesinnenministerium, den Ausschluss freiwilliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Integrationskursen unverzüglich zurückzunehmen
- [Positionspapier](#) „Integrationskurse sichern – Zusammenhalt stärken – Fachkräfte gewinnen“



3.4 Zuständige Stellen in Köln für Berechtigungen und Verpflichtungen

- des Ausländeramtes und Sozialamtes
Abteilung Integrative Sprach- und Orientierungsförderung im Amt für Integration und Vielfalt.
163-Integration@stadt-koeln.de / [Kontaktformular](#) / [Webseite](#) / s. auch [PPT](#) beim RuTi am [6.3.2026](#)
B3 Campus, Dillenburger Straße 56-66, 51105 Köln, Tel. 0221-221-29926 / Termine nach Vereinbarung.
- des Jobcenters: Kontakt mit der zuständigen Integrationsfachkraft.



4 (Keine) Abschiebungen von irakischen Jesid:innen

Zur Situation der Jesid:innen: [2014-2024](#) und [HÁWAR.help](#), AK-Politik-Protokoll vom 20.6.2024, S. 12

4.1 NRW-Schutzprogramm für irakische Jesidinnen muss von Dobrindt genehmigt werden

Den **Genozid an der jesidischen Bevölkerung**, der 2014 im Irak vom Islamischen Staat begangen wurde, hat der **Bundestag am 19.01.2023** einstimmig anerkannt. Trotzdem ist die Schutzquote gesunken, und es wurden vermehrt Abschiebungen in den Irak durchgeführt (unbeachtet davon, dass sie Jesid:innen sind).

NRW-Landesschutzprogramm für ausreisepflichtige Jesidinnen wurde am 30.9.2025 gemeinsam von den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beantragt ([18/15906](#)). Integrationsausschuss am [8.1.2026](#) mit [Stellungnahme des FR NRW](#). → Genaueres im [FR NRW-Newsletter Februar 2026](#), S. 5-7 Die Landesschutzprogramme müssen jedoch vom BMI (Bundesinnenministerium) genehmigt werden.

4.2 Ablehnung eines Abschiebestopps durch das BMI von Dobrindt (März 2026)

Nach einem gemeinsamen Schreiben (SZ am [26.2.2026](#)) von Flucht- und Integrationsministerin Verena Schäffer (Grüne) und Nathanael Liminski (CDU) hat Dobrindt (CSU) dies im März 2026 abgelehnt:

- Schreiben von BMI-Staatsminister Krösser vom 13.3.2026, veröffentlicht in [Vorlage 18/4938](#), mit der Begründung: „Durch das geplante Landesaufnahmeprogramm wird faktisch ein Abschiebestopp etabliert. Es stünde damit im Widerspruch zu der geltenden Entscheidung der Frühjahrs-IMK aus dem Jahr 2024, keinen in allen Bundesländern geltenden Abschiebestopp für irakische Staatsangehörige jesidischen Glaubens nach § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz zu erlassen- [...] ...maßgeblich ist, ob das Aufnahmeprogramm sich mit der Migrationspolitik des Bundes vereinbaren lässt...“
- „Kein Abschiebestopp für Jesiden“ (SZ am [22.3.2026](#), ZEIT am [23.3.2026](#))
- „Schutz von Jesidinnen: NRW ist am Zug“ - Presseerklärung des FR NRW am 24.3.2026: [Webseite](#), [PDF](#) s. auch [Stellungnahme 18/3258](#) im NRW-Landtag am 8.12.2026

4.3 Was tun? Sicheren AT beantragen, Perspektivberatung

Die Betroffenen sollten sich bei den Perspektivberatungen melden, um zu prüfen, **ob und welchen sicheren Aufenthaltstitel (AT) sie beantragen können** – und auch, ob sie dafür auch die Unterstützung durch die Aufnahme in das Kölner Bleiberechtsprogramm ([Flyer](#)) erhalten können.

Z.B. um ein Bleiberecht nach § 25b beantragen zu können, müssen Betroffene 6 Jahre (bei Familien 4 Jahre) geduldet sein und die folgenden Kriterien erfüllen:

- (1) Identitätsnachweis: Vorlage eines gültigen Nationalpasses
- (2) Sicherung des Lebensunterhalts zu mind. 51 %: Nachweise zu Beschäftigungsverhältnissen
- (3) Sprachkenntnisse: Nachweis über mündliche Deutschkenntnisse (mind. A2-Niveau) -> DTZ
- (4) Kenntnisse der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung (z.B. Test „Leben in Deutschland“ LiD)

Weitere Informationen zum Erfüllen dieser Kriterien und mit Checklisten für verschiedene AT (z.B. [§ 25a AufenthG](#) / [§ 25b AufenthG](#) / [Ausbildungsduldung und Aufenthaltserlaubnis § 60c](#), [§ 16g AufenthG](#) / [Beschäftigungsduldung § 60d AufenthG](#): siehe [AK-Politik-Zusammenstellung 5/2025](#) zur Chancen-AE.

4.4 Kölner Bleiberechtsprogramm

- Das **Kölner Bleiberechtsprogramm** war 2017 ([AN 0022/2017](#)) vom Kölner Stadtrat beschlossen und 2021 verstetigt worden ([1809/2021](#), [PM vom 6.5.2021](#)).
- Kooperation der Beratung von ABH und vier Beratungsstellen ([Caritasverband für die Stadt Köln e.V.](#), [Kölner Flüchtlingsrat e.V.](#), [Rom e.V.](#) und [Diakonie Köln und Region](#))
- [Infoblatt](#) der Caritas (Jan. 2025). S. auch [KFR-Vortrag am 2.12.2023](#)
- Vor der Kommunalwahl 2025 wurden in den Kölner Wahlprüfsteinen die 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien auch zu „**Bleibeperspektiven schaffen**“ gefragt – alle waren [dafür](#): [Frage 4](#).

5 Situation der Syrer:innen in Deutschland

5.1 Keine Sicherheit in Syrien ein Jahr nach Sturz des Assad-Regimes

Positionspapier von ProAsyl am [4.11.2025](#) ([PDF](#), 4 S.): „Es herrschen Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Hunger und Armut. Besonders gefährlich ist es für Minderheiten und andere vulnerable Gruppen. Deshalb fordert PRO ASYL einen bundesweiten Abschiebestopp nach Syrien.“ / UN am [14.8.2025](#)



5.2 Kritik am Empfang des syrischen Machthabers al-Scharaa durch die Bundesregierung

„Keine Abschiebedeals auf dem Rücken von Menschenrechten!“ – Kritik von PRO ASYL und den Landesflüchtlingsräten am 30.3.2026: „Keine politische Normalisierung oder diplomatische Aufwertung von Akteuren, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.“

5.3 Wer hat gesagt, 80 % der Syer:innen sollen in den nächsten drei Jahren zurückkehren?

In der Pressekonferenz am 30.3.2026 von Bundeskanzler Merz und dem Präsidenten Syriens al-Scharaa sagt Merz in der Fragerunde: „In der längeren Perspektive der nächsten drei Jahre – das ist der Wunsch von Präsident Scharaa gewesen – sollen rund 80 Prozent der Syrerinnen und Syrer, die sich derzeit in Deutschland aufhalten, in ihr Heimatland zurückkehren.“ (Mitschrift der Bundesregierung, Video Min. 26)

Al-Scharaa wies diese Behauptung jedoch zurück und sagte: „Es war der Herr Kanzler, der diese Worte gesagt hat.“ Der syrische Außenminister schrieb auf X: „Al-Scharaa knüpfte die Rückkehr syrischer Flüchtlinge bei seinem Besuch in Berlin an klare Bedingungen: Es müssten zunächst ausreichend Arbeitsplätze geschaffen und ausländische Unternehmen ins Land geholt werden. Die Rückkehr müsse organisiert ablaufen. Sollten die richtigen Umstände geschaffen sein, „garantiere“ er, dass 80 Prozent der Menschen freiwillig nach Syrien zurückkehrten, so die Übersetzung.“ (Berliner Zeitung am 2.4.2026)

5.4 Asylverfahren wurden 2025 zu 95 % abgelehnt – was tun bei Ablehnung?

Nach der Aussetzung der Asylverfahren im Dezember 2024 wurden sie im September 2025 wieder aufgenommen, aber nur zu 5,3% anerkannt, d.h. zu 95 % abgelehnt (Drucksache 21/4448 vom 2.3.2026, S. 6). Etwas höher war die Schutzquote bei religiösen Minderheiten: Christen 17%, Drusen 9,1 %, Jesiden 57,1 %, Alawiten 20%). 2024 gab es noch fast 100 % Anerkennung (vgl. FR am 9.4.2026, SZ am 9.4.2026).

ProAsyl: In Fällen abgelehnter Asylanträge ist den Betroffenen dringend individuelle Beratung, am besten anwaltliche Unterstützung, anzuraten. Je nach Art der Ablehnung („unbegründet“ oder „offensichtlich unbegründet“) gibt es unterschiedliche Klagefristen (mit aufschiebender Wirkung der Abschiebung -> Link

5.5 Syrer:innen mit Schutzstatus

Am 31.12.2025 hatten mehr als 600.000 syrische Geflüchtete einen AT nach folgenden (Haupt-)Schutzformen (Link): Asylberechtigte (4.406 Personen), Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (276.676 Personen), Subsidiärer Schutz (292.340 Personen), Abschiebungsverbot (6.269 Personen), Aufnahme durch den Bund/Landesbehörde (sogenannte Kontingentflüchtlinge) (18.188 Personen).

Für sie gelten die „Hinweise für Syrer*innen mit Schutzstatus“ (ProAsyl). Sie sollten sich nicht verunsichern lassen! Die Beendigung ihres Schutzstatus geht nicht ohne Widerrufsverfahren: Entweder ein **allgemeines** Widerrufverfahren, wenn die Situation in Syrien nachhaltig und stabil ist, oder ein **individueller** Widerruf, wenn sie straffällig wurden **oder (ACHTUNG!) wenn sie nach Syrien gereist sind.** „Eine Reise nach Syrien führt im Regelfall zum Widerruf des Schutzstatus (§ 73 Abs. 7 AsylG) durch das BAMF. Nur wenn die Reise »sittlich zwingend geboten« ist, muss kein Widerruf des Schutzstatus befürchtet werden.“

Außerdem gibt Personen mit anderen Aufenthaltstitel, weil sie z.B. arbeiten oder studieren.

Die 244.000 Einbürgerungen (bis 2024) zählen nicht mehr zu den 930.000 syrischen Geflüchteten in Dtl.

5.6 Hintergrundinformationen: Situation von Syrer:innen in Deutschland

- „Die Lage von Syrern in Deutschland in fünf Grafiken“ (ZDFheute am 1.4.2026)
- Mediendienst Integration (Link) mit ausführlichen Informationen und Zahlen zu den folgenden Themen: Wie viele Syrer leben in Deutschland? / Syrische Flüchtlinge in Deutschland: Aufenthaltsstatus / Syrische Flüchtlinge in Deutschland: Alter, Geschlecht, Familie / Syrische Flüchtlinge am Arbeitsmarkt / Syrische Flüchtlinge an Schulen / Familiennachzug zu syrischen Flüchtlingen / Einbürgerung von syrischen Flüchtlingen / Abschiebungen und Rückkehr nach Syrien / Syrische Flüchtlinge weltweit
- Siehe auch AK-Politik-Protokoll vom 19.12.2024, S. 4-6

6 Einbürgerung (Ablauf und Dauer des Verfahrens in Köln)

6.1 Informationen

- Stadt Köln: Webseite, FAQ zur Einbürgerung, Quick Check, Kontaktformular, Einbürgerungsantrag
- Antworten von Frau Boeck, Leiterin der ABH Köln, am 18.9.2025



6.2 Ablauf

- (1) **Antrag auf Terminvereinbarung** über das **Kontaktformular** (noch ohne Unterlagen!) stellen – er wird jedoch erst 10 Monate später gelesen. Dann:
- (2) **Terminvergabe** für ein Beratungsgespräch/Antragsklärungsgespräch, das ca. 3-4 Monate später stattfindet. (No-Show-Quote für die Termine: ca. 20%).
- (3) Bei dem **Beratungsgespräch/Antragsklärungsgespräch** müssen die umfangreichen Unterlagen vorhanden sein. Sie werden bei diesem Termin direkt durchgesehen und auf Vollständigkeit überprüft. Die Abgabe wird bescheinigt – auf der Bescheinigung stehen die Kontaktdaten der bearbeitenden Sachbearbeiter:in, wohin man evt. Unterlagen nachreichen kann.
- (4) **Bearbeitung**, Überprüfung und Entscheidung über die Anträge erfolgt in der ABH. Die Sicherheitsabfrage (bei LKA, Verfassungsschutz u.a.) dauert ca. 12-15 Wochen.
D.h. nach dem Abgabetermin (3) dauert die Bearbeitung ca. 4-8 Monate.
- (5) **Ausstellung der Einbürgerungsurkunde**: ca. 18-24 Monate nach der Online-Antragstellung (ca. 10+4+8 = 22 Monate).

6.3 Statistik aktuell

Vielen Dank an Herrn Gohl für die Auskunft am 2.4.2026 bei der Ehrenamtsinfo-Veranstaltung des JC!

- **2023** wurden 3800 Personen von 30 Mitarbeitenden eingebürgert. Nach dem neuen Einbürgerungsgesetz vom Juni 2024 (u.a. Mehrstaatlichkeit, verkürzte Zeiten) wurde die MA-Zahl auf 70 erhöht.
- **2025** wurden 7000 Personen eingebürgert (ca. 600 monatlich).
- **2026** ist das Ziel, 10.000 Personen einzubürgern (bis 800 monatlich).
- **Monatliche** Statistik (Stand: 2.4.2026):
 - zu (1) 2000 Anträge werden monatlich gestellt (teils auch Nachfragen, d.h. doppelt).
 - zu (2) 2500 Anträge werden monatlich gelesen, dabei 1000 Termine für die Beratung und Unterlagen-Abgabe vergeben, davon finden 3-4 Monate später
 - zu (3) 800 Beratungstermine finden monatlich statt, d.h. ca. 200 Eingeladene erscheinen nicht (No-Show-Quote = 20 %)
 - zu (5) 750-800 Personen werden monatlich eingebürgert (ca. zwei Jahre nach dem Online-Antrag).

7 "Bildung statt Abschiebung": Bündnis wie in Hessen auch in NRW?

7.1 Gründung des hessischen Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“ Dezember 2025

Webseite / PM am 8.12.2025, als PDF / Resolution / „Breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Ende integrationsfeindlicher Abschiebepaxis in Hessen.“ Zu den Gründungsorganisationen gehören die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**, **Landesschüler:innenvertretung (LSV)**, die **Diakonie Hessen**, der **Paritätische Hessen**, der **Hessische Flüchtlingsrat**, der **Landesausländerbeirat (agah)**. Die Forderungen des Bündnisses werden inzwischen von über 900 Organisationen und Einzelpersonen in Hessen unterstützt.

7.2 Resolution des Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“

Immer häufiger werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abgeschoben – obwohl sie gut integriert sind, zur Schule gehen oder einen Ausbildungsvertrag (in Aussicht) haben. Viele der Betroffenen kennen das Herkunftsland ihrer Eltern nur aus Erzählungen. Wenn angehende Fachkräfte von Abschiebung bedroht sind, ist der Bildungserfolg aller Kinder beeinträchtigt. [...] Wir fordern ein Ende der integrationsfeindlichen Abschiebepaxis:

1. die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen zugunsten der Betroffenen
 2. Einzelfallberatungen für Migrant*innen in Hessen (s. Koalitionsvertrag)
 3. keine Abschiebung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Kita, Schule oder Ausbildung
- Das Menschenrecht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen ist unteilbar – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir stehen für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik. Kinder, Jugendliche und ihre Familien sind eine besonders vulnerable Gruppe. Für ihren Schutz stehen wir ein.*

7.3 Fachtagung "Bildung statt Abschiebung" am 4.3.2026: Erklärung, Materialien

Programm / Pressemitteilung / 2. Bündniserklärung: „Für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik“: PDF / Materialien u.a.:

- „Wer ausreisepflichtig ist, muss das Land wieder verlassen? Mitnichten!“: PPT von RA Leuschner, Ffm



- „Alternative Bleiberechtigkeitsmöglichkeiten nach negativem BAMF-Bescheid“:
PPT von Timmo Scherenberg, Hessischer Flüchtlingsrat
- „Zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Handlungsmöglichkeiten“:
PPT von Natalie Maurer, Refugee Law Clinic Gießen
- „Politische Handlungsmöglichkeiten auf Kommunal- und Landesebene“:
PPT von Lea Rosenberg, Der Paritätische Hessen

8 Umbau des Förderprogramm „Demokratie leben!“

Wie berichtet (AK-Politik-Protokoll vom 9.10.2025), wurde auch unsere Kampagne „Ja zu Migration“ Ende September von dem rechtsradikalen Medienportal NiUS als Beispiel für den sog. "NGO-Komplex" dargestellt und verunglimpft. Aufmerksam wurde NiUS durch das Logo von „Demokratie leben!“ als Förderorganisation. Solche Artikel, parlamentarische „Anfragen“ der AfD, aber auch die 551 Fragen zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ der CDU/CSU am 24.2.2025, u.a. sind Teile „einer seit Jahren geführten Kampagne gegen Demokratietarbeit in Deutschland“, wie FragDenStaat am 26.3.2026 belegt.

Ende März 2026 hat Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) angekündigt (Bundestag am 27.3.2026), sie wolle das Programm "Demokratie leben!" neu aufstellen und 200 bisher geförderte Projekte zum Jahresende auslaufen lassen (u.a. Bildungsstätte Anne Frank, HateAid, Amadeu-Antonio-Stiftung, BUND, Naturfreunde, Zentralrat der Juden u.a.). Statt NGOs, die sich speziell der Demokratieförderung widmen, sollten künftig verstärkt andere Institutionen eingebunden werden: etwa Schulen, freiwillige Feuerwehren, Sportvereine, Gruppen wie die Landjugend und Bibliotheken. (SPIEGEL am 21.3.2026, Tagesschau am 24.3.2026 und am 25.3.2026, SZ am 6.4.2026). Bei der Aktuelle Stunde im Bundestag am 27.3.2026 wurde dies kontrovers diskutiert. Weitere kritische Stellungnahmen:

8.1 Petition „Kein Kahlschlag bei Demokratietarbeit! (seit Ende März 2026)“

Die Amadeu-Antonio-Stiftung hat die Petition „Kein Kahlschlag bei Demokratietarbeit!“ initiiert, die bereits mehr als 180.000 mal unterzeichnet wurde (Stand 10.4.2026).

8.2 Offener Brief: „Demokratieförderung bewahren statt "Demokratie leben!" gefährden“

Webseite von amnesty international, Naturfreundejugend / Brief vom 27.3.2026 (2 S. + 35 S. Unterschriften) / Mehr als 1.000 Unterzeichnende aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen wenden sich an Bundesfamilienministerin Karin Prien: „Expertise der Demokratieförderung bewahren statt Einknicken vor Desinformation gegen Zivilgesellschaft“ *Es befremdet uns sehr, dass ausgerechnet in dieser kritischen Situation mit "Demokratie leben!" das zentrale Demokratie-Förderprogramm der Bundesregierung massiv umgebaut werden soll.* Im Zentrum des Offenen Briefes stehen drei Punkte:

1. Die über Jahre aufgebaute Expertise von zivilgesellschaftlichen Trägern ist unverzichtbar – im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und demokratiefeindliche Radikalisierung.
2. Ein Abbau von Strukturen bürgerschaftlicher Demokratietarbeit würde langfristige Schäden verursachen
3. Veränderungen am Programm sollten erst auf Grundlage einer transparenten und partizipativen Evaluation vorgenommen werden, statt jetzt einseitige Einschnitte durchzusetzen.

8.3 Studien und Handreichungen

- **BEWARE: Bedrohte Demokratietprojekte wappnen** und resilient machen – Webseite, Kurzbericht vom 3.9.2024 und PDF (12 S.). In der BEWARE-Studie wurden vier Kategorien zu Angriffen auf Demokratietprojekte entwickelt: siehe Kasten rechts. Blog-Beitrag, News des BMBF vom 12.11.2024 / Praxistool mit Anleitung & Begleitheft / Film / weitere Publikationen
- „Feindbild Zivilgesellschaft - Sicherheitsreport zu Angriffen auf Demokratietprojekte“ (Amadeu Antonio Stiftung, März 2026) ordnet die 112 Angriffe im Jahr 2025 (->Chronik 2025) den vier Kategorien der BEWARE-Studie zu, beleuchtet die Systematik dahinter und liefert konkrete Handlungsempfehlungen.
- "Desinformation, Diffamierung und Defunding": Lobbycontrol: Broschüre vom 2.10.2025, Pressemitteilung, FR am 2.10.2025.

- Unter „Gewaltbezogenen Angriffen“ lassen sich laut BEWARE sowohl strafbare Formen wie Körperverletzungen und Störungen etc. subsumieren, als auch nicht-strafbare Formen wie Raumnahme oder räumliches Dominanzverhalten.
- „Politische Interventionen“ meinen politische Markierungen, Diskreditierung, Behinderung und Infragestellung der Professionalität oder Neutralität.
- Das „gesellschaftspolitische Bedrohungsszenario“ umfasst das Erstarken von rechtsextremen Kräften bei einer gleichzeitig abklingenden Solidarisierung mit Betroffenen und unsicheren Bedingungen für Demokratietarbeit.
- Die sogenannte „Bedrohungserwartung“ gilt als Einschätzung in Bezug auf ein „erhöhtes Risiko von Angriffen auf das private Leben, die Demokratietarbeit und die demokratische Gesellschaft.“



- **Das Anti-NGO-Narrativ** - Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren“
MACENATA / SSOAR-Studie: [Webseite](#), PDF, 29 S. auf [Deutsch](#), [English](#), Kurzfassung [PDF](#), 4 S.
- „**Das autoritäre Playbook verstehen** – Demokratie organisieren“ (2026) (Wi-REX)
Broschüre [PDF](#) (69 S.) des [Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung \(Wi-REX\)](#)
- **Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus** (Diakonie)
Die Handreichung (Okt. 2024, [Webseite](#), [PDF](#) 19 S.) enthält Empfehlungen, Web-Adressen zu Beratungsstellen und Netzwerken sowie viele Hinweise auf weiterführende Informationen zu Themen wie Hate Speech, Antisemitismus, Antifeminismus oder Rechtsextremismus.
- „Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Organisationen“: (Sept. 2024, [Webseite](#), [PDF](#) 8 S.)
- „Rechtsextreme Bedrohungen bei **Veranstaltungen und Demonstrationen**“ (April 2026): Handlungsempfehlungen für Sicherheitskonzepte vom [Aktionsbündnis Brandenburg](#) und [Opferperspektive](#)
- „Denkanstöße zur **Finanzierung der Zivilgesellschaft**“ (Maecenata): [Webseite](#), [Broschüre](#) (PDF, 21 S.):
Vorschläge, wie Zivilgesellschaft unabhängiger und nachhaltiger finanziert werden kann.

9 Antirassismus

9.1 Was kann man bei Erfahrung von Diskriminierung tun?

[Zusammenstellung](#) zu NRW-weiten Meldestellen und Kölner Beratungsstellen: [PDF](#) (1 S., April 2025)

9.2 Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)

„Verfestigte Abwertungen, fragiles Vertrauen“ – NaDiRa-Monitoringbericht vom 19.3.2026:

[Webseite](#), Pressemitteilung vom 19.3.2026, [PDF der Studie](#) (100 S.)

- Wie verbreitet sind rassistische Einstellungen in Deutschland?
- Welche subtilen und offenkundigen Diskriminierungserfahrungen machen Menschen im Alltag?
- Und wie zeigt sich indirekte Betroffenheit von Rassismus?
- Und welche Folgen hat das für das Vertrauen in staatliche Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

9.3 Perspektiven auf antimuslimischen Rassismus: Digitale Ausstellung, Methodenhandbuch

ufuq ist arabisch und bedeutet Horizonte oder auch Perspektiven. [ufuq.de](#) ist seit 2007 ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe, arbeitet bundesweit zu Pädagogik, politischer Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft und sich der [Initiative Transparente Zivilgesellschaft \(ITZ\)](#) angeschlossen.

Publikationen: <https://www.ufuq.de/publikation/>

- Die [Digitale Ausstellung](#) gibt unterschiedliche Aspekte und Stimmen zu dieser Form des Rassismus wieder. Im virtuellen 360-Grad-Rundgang beleuchtet die Ausstellung Fragen wie „Seit wann gibt es eigentlich antimuslimischen Rassismus in Europa? Wie erleben queere Muslim*innen diese Form des Rassismus? Und wo kann ich rassistische Übergriffe melden?“
- **Das Methodenhandbuch** ([PDF](#), 74 S.) dient als pädagogisches Begleitmaterial für die virtuelle Ausstellung. Die Übungen richten sich primär an Jugendliche aus Schulklassen oder der offenen Jugendarbeit, können aber auch – in angepasster Form – in der Fortbildung von Fachkräften genutzt werden.

9.4 Ramadan in der Schule und Pädagogik

- [Online-Arbeitshilfe](#) (2023) zu Fragen und Konflikten im Schulalltag rund um den Fastenmonat mit interaktivem Online-Schaubild <https://ramadan.ufuq.de>:
- [Ein Interaktives Schaubild](#) mit den wichtigsten und als besonders herausfordernd beschriebenen Fragen und Konflikten. Über das Anklicken der Schriftfelder gelangen Sie zu Pop-up-Fenstern mit Informationen und Praxisvorschlägen. [Hintergrundinformationen](#) und allgemeine Hinweise zum Ramadan in Religion, Gesellschaft und in der Schule. [Audio-Datei](#) mit Statements von Lehrer*innen und Schüler*innen: Was bedeutet der Ramadan für sie? Was haben sie erlebt? Wie reagieren sie auf die Herausforderungen?
- [Hinweise auf weitere Literatur](#) mit Praxisvorschlägen.

10 Verschiedenes

10.1 Finanzielle Gesundheit für Eltern (FGE): Kostenlose Workshops (Caritas Köln)

Angebot für Eltern mit Kindern bis 6 Jahren – Genauerer unter [Link](#)



- **Konzept FGE:** [Webseite](#), [PDF](#) (60 Seiten) / Internationaler Bildungsansatz: [PDF](#) (9 S.)
- **Familiengrundbildung:** Praxisleitfaden, Ideen- und Materialsammlung: [PDF](#) (200 Seiten)
- **Grundbildung für Erwachsene:** <https://www.grundbildung-wirkt.de> mit [Angeboten in Köln](#)

10.2 Sprungbrett Pflege – Ausbildungen für Frauen mit Migrationshintergrund

[Webseite](#), [Flyer](#) für die Ausbildung zur Pflegefachfrau (3 Jahre) oder Pflegefachassistentin (1 Jahre)
Sprungbrett Pflege, Sozial-Betriebe-Köln, Boltenssternstraße 16, Gebäude P8, EG, Zi .068, 50735 Köln-Riehl
Heidemarie Jeep, 0221 34663054, jeep@bv-pg.de / Verena Altenhoff, 0221 34663055, altenhoff@bv-pg.de

11 Termine

11.1 Zusammenstellungen und Portale

Kölner Willkommenskultur: Aktuelle Veranstaltungen

Rundbrief Forum für Willkommenskultur (seit [19.3.2015](#)), Rundbriefe am [24.3.](#), [10.03.](#), [23.02.](#), [10.2.2026](#) und weitere: <https://www.koeln-freiwillig.de/rundbrief-des-forum-fuer-willkommenskultur>

- Veranstaltungskalender des Netzwerks "Willkommenskultur Köln": <https://www.wiku-koeln.de/termine> mit dem Angebot, per [E-Mail](#) über neu eingestellte Termine und Materialien benachrichtigt zu werden.
- ANN – Aktion Neue Nachbarn: Regionale Veranstaltungen: [Webseite](#), Newsletter ([Überblick](#)), Archiv [Jan 2024 bis Juli 2025](#), #5 für [Sept-Okt](#) / #06 [Nov-Dez 2025](#) / [Jan-Febr 2026](#) / [März-April 2026](#)
- DRK-Infodienst des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe, vierteljährlich, abonnieren bei Friederike Rausch, Telefon 0221 990 443 292, Mobil 0170 70 69 211, Fluechtlingshilfe@drk-koeln.de

Jobcenter und Arbeitsagentur: Veranstaltungen

- Arbeitsagentur Köln: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/koeln/veranstaltungen>
- Jobcenter Köln: <https://www.jobcenterkoeln.de/veranstaltungen/>

Gremien der Stadt Köln (Auswahl): Mitglieder 2025-2030 und Termine 2026

Im [Ratsinformationssystem](#) ([Link](#)) sind Berichte und Beschlüsse einsehbar.

Im Folgenden die Termine von [Gremien](#), die auch mit Flucht und Migration zu tun haben:

- **Rat der Stadt Köln:** [Livestream&Aufzeichnungen](#), Mitglieder [2025-2030](#), Termine [2026](#): [13.1.](#), [5.2.](#), [19.3.](#), [12.5.](#), [2.7.](#), [2.9.](#), [8.10.](#), [12.11.](#), [10.12.](#)
- **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen (RuTi):** Mitglieder [2025-2030](#)
Termine [2026](#): Fr um 11 Uhr am [30.1.](#), [6.3.](#), [24.4.](#), [19.6.](#), [25.9.](#), [27.11.](#),
Meilensteine 2003-2025: [Präsentation](#) beim 100. Treffen am 11.4.2025 von Claus-Ulrich Pröhl, KFR
- **ACI – Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration** ([Link](#)) [früher: Integrationsrat: [Link](#)]:
Mitglieder [2025-2030](#) / Termine [2026](#): Di um 15 Uhr am [13.1.](#), [24.2.](#), [21.4.](#), [9.6.](#), [15.9.](#), [17.11.2026](#)
- **Sozialausschuss** (Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren):
[Livestream & Aufzeichnungen](#) / [Webseite](#) / Mitglieder [2025-2030](#)
Termine [2026](#): Do um 15:30 Uhr am [15.1.](#), [5.2.](#), [26.2.](#), [23.4.](#), [11.6.](#), [17.9.](#), [17.11.2026](#) (17 Uhr)
- **Bezirksvertretungen (BV):** [Webseite](#) mit Terminen von allen 9 BV
- **Fachausschüsse und weitere Gremien:** [Webseite](#)

Flüchtlingsrat NRW (FR NRW): Online-Veranstaltungen

[Webseite](#) / [m. V.] – mit Vorkenntnissen / Ansprechpartner:innen: **AK:** Anja Kunz, ehrenamt1@fnrnw.de

FB: Fabian Bonberg ("Vernetzung des Ehrenamts"), ehrenamt2@fnrnw.de, Tel: 0234-58 73 15 83

AP: Alexander Pott ("Begleitung u. Betreuung der Initiativen"), initiativen@fnrnw.de, Tel: 0234 58 73 15 79

Alle Informationen auf „[Aktuelle Veranstaltungen](#)“ des FR NRW, Anmeldungen [bis 2 Tage vor dem Termin](#):

- Di 14.4.: **Entwicklung der kommunalen Unterbringung von Flüchtlingen in NRW [m. V.]**, 17:30-19 Uhr, [Infos](#), Anmeldung bis 12.4. bei **AP**
- Do 16.4.: **Wohnsitzauflage und -regelung [o. V.]**, 17:30-19 Uhr, Anmeldung bis 14.4. bei **FB** → [AhP #1](#)
- Di 21.4.: **Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen [m. V.]**, 17-18:30 Uhr, Anm. bei **AK**
- Di 28.4.: **Allg. Fördermöglichkeiten für die Arbeit mit Flüchtlingen [o. V.]**, 17:30 – 19 Uhr, Anm. bei **AP**

Hessischer Flüchtlingsrat: Online

[Terminkalender](#), [Schulungsunterlagen](#)



11.2 Einzelne Termine

Mi 22.4.: Perspektiven für Menschen mit unsicherem Aufenthalt, 18-20 Uhr, ICZ Sülz

NEUER Ort: Internationales Caritas Zentrum (ICZ), Zülpicher Str. 273 b, 50937 Köln

Anmeldung: Mesut Mutlu | 0173 879 72 38 | mesut.mutlu@stadt-koeln.de

Di 28.4.: Arbeit als Integrationsbasis, ANN Fachnachmittag, 15:30-20 Uhr, VHS-Forum

Infos, Flyer, Anmeldung, Ort: Forum VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33 | 50667 Köln

Wie können Menschen mit Internationaler Familiengeschichte und Fluchterfahrung beruflich in Deutschland und Köln Fuß fassen? Fachvortrag von Dr. Niklas Harder (DeZIM-Institut), Austausch und Imbiss.

Di 5.5.: „GEAS & Co. Solidarität in der Stadtgesellschaft?!“, 24. Kölner Fachtagung Flucht, VHS-Forum

Flyer, Anmeldung / 8:30 – 17 Uhr / Vorträge und Workshops

Mi 6.5.: Engagier dich! – Engagementbörse für die Willkommenskultur in Köln, 18-20 Uhr

Infos, Ort: FORUM VHS, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Nach einem kurzen Bühnenprogramm stellen sich auf einem „Markt der Möglichkeiten“ Initiativen und Organisationen aus der Kölner Willkommenskultur vor. Bei einem sehr guten vegetarischen Abendimbiss bleibt auch viel Zeit für Vernetzung und Gespräche. Anmeldeschluss für Gruppen: 24.4.2026, 15 Uhr
Anmeldung für Besuchende (zur Planung des Imbisses) bei vhs-gesellschaft@stadt-koeln.de

Sa 9.5.: Wege zur Einbürgerung, 10-12:30 Uhr, Porz

Infos, Flyer, Ort: Bürgeramt Porz, Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln

Anmeldung: Mesut Mutlu | 0173 879 72 38 | mesut.mutlu@stadt-koeln.de

Der Referent Hamza Ellakoui, Caritasverband für die Stadt Köln e. V., wird über Anforderungen für die Einbürgerung (z.B. Sicherung des eigenen Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse), Umgang mit langen Antragszeiten und die Einbürgerung der gesamten Familie informieren. Eine Veranstaltung von Katholischem Bildungswerk, Aktion neue Nachbarn, Caritas Köln, Katholikenausschuss, Katholisches Stadtdekanat, Stadt Köln, AK Politik und Forum für Willkommenskultur.

Mi 13.5.: Passbeschaffung und Identitätsklärung, 18-20:30 Uhr, FliehKraft Ehrenfeld, 18-20:30 Uhr

Ort: FliehKraft, Turmstr. 3-7, 50733 Köln, Anmeldung wyszecki@koelner-fluechtlingsrat.de

Der Termin ist Teil der neuen Fortbildungsreihe „Rechtliches Grundlagenwissen für dein Engagement“ vom Kölner Flüchtlingsrat (KFR) und dem Forum für Willkommenskultur. Siehe auch Mi 8.7. zu GEAS

Do 11.6.: Ehrenamtsinfo des Jobcenter-Integration Point – Online, 17–19 Uhr (alle 2 Monate)

Webseite, Flyer / neuer Link über Microsoft Teams! / Fragen an die Gäste bis spätestens 1 Woche vorher (26.3.) schicken an Herrn Caffier / Frau Danebrock: Jobcenter-Koeln.Ehrenamt@jobcenter-ge.de

Termine 2026: alle zwei Monate am 1. Donnerstag: 11.6., 6.8., 1.10., 3.12.2026

Mi 17.6.: Fachtag zu Gewaltschutz & queeren Geflüchteten, 9:30-16:20 Uhr, Alte Feuerwache

„Unterbringung im Übergang – Schutz von queeren Geflüchteten in Landesunterkünften im Licht und Schatten der GEAS-Reform“, Ort: Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln

Der Fachtag richtet sich an queere Menschen mit Fluchterfahrung, Beratungsstellen sowie Akteur*innen aus Verwaltung und Praxis. Veranstaltet von LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt, www.lsvd.de

Mi 8.7.: GEAS – Was bedeutet das für betroffene Geflüchtete und uns alle? 18-20:30 Uhr

Ort: FliehKraft, Turmstr. 3-7, 50733 Köln, Anmeldung wyszecki@koelner-fluechtlingsrat.de

Der Termin ist Teil der neuen Fortbildungsreihe „Rechtliches Grundlagenwissen für dein Engagement“ vom Kölner Flüchtlingsrat (KFR) und dem Forum für Willkommenskultur.

12 Nächstes AK-Politik-Treffen am Do 16.4.2026 um 19 Uhr in Präsenz

Ort: Haus der Kirche, Raum „Georg-Fritze“, Kartäusergasse 9-11, 50677 Köln-Südstadt, Nähe Chlodwigplatz

AK Politik-Treffen in **2026** am 3. Donnerstag im Monat → SAVE THE DATES!

Ort: Melanchton-Akademie oder online (s. jeweilige Einladung)

Do 15.1., 19.2., 19.3., 15.4., 21.5., 18.6., 16.7., 20.8.(?), 17.9., 15.10., 19.11., 17.12.2026

Bisherige AK-Politik-Protokolle und Zusammenfassungen auf www.kurzelinks.de/AK-Politik

Protokoll: Angelika Wuttke

